



Presseschau vom 08.07.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

de.rt.com: **"Sprengstoff für den sozialen Zusammenhalt": Finanzminister Lindner will bei Arbeitslosen sparen**

Irgendwo muss man ja sparen: Finanzminister Christian Lindner (FDP) pocht auf Sonderausgaben hier und Schuldenbremse da. Bei der Förderung von Langzeitarbeitslosen soll der Gürtel enger gezurt werden. Doch angesichts der Inflation ist dies für viele der falsche Posten. ...

<https://kurz.rt.com/32az> bzw. [hier](#)

Dmitri Trenin: **Nach dem Bruch mit dem Westen wird Russland erst recht eine neue Weltordnung mitgestalten**

Aus heutiger Sicht ist es vielleicht kaum zu glauben, aber vor nur acht Jahren war Russland Vollmitglied der damaligen G8. Doch seitdem haben sich dramatische Veränderungen ereignet, und Russland sollte dies als einmalige historische Chance betrachten. ...

<https://kurz.rt.com/328n> bzw. [hier](#)

de.rt.com: **EU kaufte erstmals mehr Gas aus den USA als aus Russland – Ein für die Bürger problematischer Trend**

Die USA haben erreicht, was sie wollten: US-Flüssigerdgas hat im Juni in der EU mengenmäßig das russische Pipeline-Erdgas geschlagen. Dies ist ein einzigartiger Fall in der Geschichte der Europäischen Union. Die Europäer sollten sich darüber jedoch nicht freuen.

...

<https://kurz.rt.com/326x> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

21:26 de.rt.com: **Trotz Verhandlungen zur Wiederbelebung des Atomabkommens torpedieren USA iranische Ölexporte**

Zwar geraten die indirekten Verhandlungen zwischen den USA und Iran über eine Rückkehr zum Atomabkommen von 2015 immer wieder ins Stocken – doch immerhin wird weiter verhandelt. Während Teheran in den Gesprächen eine Rücknahme von Sanktionen fordert, erhöht Washington weiter den Druck.

Das US-Finanzministerium hat am Mittwoch mehrere iranische Ölexporteure und mutmaßliche Tarnfirmen in China und den Vereinigten Arabischen Emiraten auf die schwarze Liste gesetzt und sie beschuldigt, das Verbot der Ausfuhr iranischer Petrochemikalien nach Ostasien zu umgehen.

Der Schritt kommt zu einem Zeitpunkt, zu dem die Gespräche über die Wiederaufnahme des Atomabkommens mit Iran erneut zu scheitern drohen. Teheran hatte wiederholt von den USA die Aufhebung der Sanktionen gefordert, die verhängt worden waren, als Washington sich unter der US-Präsidentschaft von Donald Trump 2018 einseitig aus dem Abkommen zurückzog.

Brian Nelson, der Unterstaatssekretär für Terrorismus und Finanznachrichtendienste, sagte dazu:

"Während sich die USA für ein Abkommen mit Iran einsetzen, das eine gegenseitige Rückkehr zur Einhaltung des Gemeinsamen Umfassenden Aktionsplans [JCPOA] anstrebt, werden wir weiterhin alle unsere Befugnisse nutzen, um die Sanktionen gegen den Verkauf von iranischem Erdöl und Petrochemikalien durchzusetzen."

Das Office of Foreign Assets Control (OFAC) des US-Finanzministeriums habe somit Sanktionen gegen weitere 15 Einzelpersonen und Unternehmen mit Sitz in Iran, den Emiraten und China verhängt. Ihnen werde vorgeworfen, das US-Embargo zu umgehen und "petrochemische Produkte im Wert von Hunderten von Millionen Dollar an Unternehmen in ganz Ostasien" zu exportieren.

US-Amerikanern ist es nunmehr untersagt, mit den sanktionierten Personen und Unternehmen Geschäfte zu machen, und deren Eigentum in den USA muss gesperrt und dem OFAC gemeldet werden. Die USA verhängen die Sanktionen im Rahmen ihrer selbst formulierten Exekutivgewalt, wofür weder ein ordnungsgemäßes Verfahren noch Beweise erforderlich sind.

Die neuesten Sanktionen kommen nur eine Woche vor dem Besuch des US-Präsidenten Joe Biden in Israel und Saudi-Arabien, bei dem unter anderem gemeinsame Maßnahmen gegen Iran besprochen werden sollen. Israel ist der größte Kritiker des Atomabkommens mit Iran und beschuldigt Teheran permanent, Pläne zur Erlangung einer Atomwaffe zu schmieden – was vonseiten Irans wiederholt dementiert wurde.

Das Atomabkommen wurde im Juli 2015 von Iran, den USA, Russland, China, dem Vereinigten Königreich, Frankreich und Deutschland unterzeichnet und legte kontrollierte Beschränkungen für Teherans zivile Atomprogramme fest, damit diese nicht für militärische Zwecke genutzt werden können. Im Gegenzug wurden die UN-Sanktionen gegen Iran aufgehoben. Aufgrund des Widerstands im Kongress konnte der damalige Präsident Barack Obama das Abkommen nicht als Vertrag genehmigen, so dass es von seinem Nachfolger Donald Trump abgelehnt werden konnte. Bidens öffentlich geäußerter Wunsch, das Abkommen wiederherzustellen, hat sich jedoch bislang nicht in diplomatischen Erfolgen niedergeschlagen.

Die jüngste Runde der Atomgespräche, die in Katar stattfand, endete letzte Woche erneut in einer Sackgasse. Der US-Gesandte warf Teheran vor, angeblich neue Forderungen zu stellen und sich zu weigern, die Vereinbarung einzuhalten, während die iranische Regierung darauf hinwies, dass Washington 2018 aus der Vereinbarung ausgestiegen sei und selbst erst zur Einhaltung der Vereinbarung zurückkehren müsse – unter anderem durch die Aufhebung der Sanktionen –, bevor die USA das Gleiche von Iran erwarten könne.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62c6b40548fbef6e020ddb72.jpg>
Dieses von der indonesischen Küstenwache veröffentlichte Foto vom 24. Januar 2021 zeigt einen beschlagnahmten iranischen Tanker und ein panamaisches Schiff, die im Verdacht stehen, in indonesischen Gewässern Öl umzuladen.

21:30 de.rt.com: **Putin beschuldigt kollektiven Westen der Entfesselung des Ukraine-**

Krieges

Russlands Präsident Wladimir Putin erklärte während eines Treffens mit der Leitung und den Fraktionsvorsitzenden der Staatsduma, dass der Krieg in der Ukraine vom kollektiven Westen entfacht worden sei. Putin sagte:

"Man erzählt uns, wir hätten den Krieg im Donbass, in der Ukraine angefangen. Nein, gerade der kollektive Westen hat ihn angefangen, als er im Jahr 2014 den verfassungswidrigen bewaffneten Umsturz in der Ukraine organisierte und unterstützte, und danach den Genozid an der Bevölkerung im Donbass unterstützte und rechtfertigte."

Mit dem Beginn des russischen Militäreinsatzes in der Ukraine habe der Westen diesen Krieg aber bereits verloren, so Putin weiter. Russlands Militäroperation bedeute das Ende der von den USA diktierten Weltordnung und "einen Beginn des Übergangs vom liberal-globalistischen amerikanischen Egozentrismus zu einer wirklich multipolaren Welt." Er betonte:

"Man sollte verstehen, dass dieser Prozess nicht aufzuhalten ist. Der Lauf der Geschichte ist unaufhaltbar und die Versuche des kollektiven Westens, seine Weltordnung durchzusetzen, sind zum Scheitern verurteilt."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c72f1bb480cc61946fb157.jpg>

Wladimir Putin während des Treffens mit der Leitung und Fraktionsleitern der russischen Staatsduma am 7. Juli

interfax.ru: Putin erklärte, dass er in der Idee des Sozialismus nicht Schlechtes sieht

Der Präsident der RF Putin hat im Dialog mit dem Vorsitzenden der Kommunisten Gennadij Sjuganow erklärt, dass er in der sozialistischen Idee nichts Schlechtes sieht, aber die Frage besteht darin, wie sie im Gebiet der Ökonomie umgesetzt werden kann.

„Was die sozialistische Idee betrifft, so gibt es in ihr nichts Schlechte. Die Frage ist, die Umsetzung. Womit sie gefüllt wird, vor allem im Bereich der Ökonomie. In einigen Ländern wird sie umgesetzt, sie hängt zusammen und ist verflochten mit marktförmigen Formen der Regulierung und funktioniert echt effektiv. Man muss sehen“, sagte Putin bei einem Treffen mit der den Führung der Duma-Fraktionen.

„Was die Beteiligung des Staates betrifft – darin liegt gewöhnlich der Streitpunkt – so ist auch hier die Frage, wo, in welchem Umfang der Staat beteiligt sein muss, in welcher Form, wie der Staat seine Tätigkeit im Bereich der Ökonomie regeln muss. Nun, das werden wir alle zweifellos im Laufe von Diskussionen und Auseinandersetzungen lösen und ich gehe davon aus, dass wir bei einem Verständnis dafür, was die Hauptsache ist – die Interessen der Menschen, des Landes – diese Lösungen finden werden“, sagte Putin.

21:50 de.rt.com: **Kreml: Kasachstans Diversifizierung der Ölexportrouten nicht politisch motiviert**

Seitdem ein russisches Gericht angeordnet hat, ein für den Export von Erdöl aus Kasachstan bestimmtes Terminal im Schwarzen Meer für 30 Tage zu schließen, sucht das zentralasiatische Land nach alternativen Exportrouten. Der Kreml geht von keinem politischen Hintergrund aus.

Kremlsprecher Dmitri Peskow hat auf einer Pressekonferenz am Donnerstag die Situation um die kasachischen Erdölexporte über Russland kommentiert. Auf die Frage, ob die Pläne des zentralasiatischen Landes, die Exportrouten für sein Erdöl nach der vorübergehenden Schließung eines Terminals in der russischen Hafenstadt Noworossijsk zu diversifizieren, einen marktwirtschaftlichen oder eher einen politischen Hintergrund hätten, antwortete Peskow:

"Das wird wohl kaum politisch motiviert sein."

Zugleich teilte Peskow mit, dass Moskau die Entwicklung der Situation aufmerksam beobachte. In dieser Angelegenheit seien nun zusätzliche Kontakte zu den Partnern in Kasachstan notwendig.

Später am Donnerstag wies Ruslan Scheldibai, der Sprecher des kasachischen Präsidenten, jegliche politischen Motive in den Diversifizierungsplänen zurück. Es handele sich um eine Diversifizierung der Lieferrouten für internationale Märkte vor dem Hintergrund geopolitischer Turbulenzen. Die Einrichtung neuer Verkehrskorridore werde im Geiste des Pragmatismus erörtert. Die Rede sei von langfristigen Plänen.

"Russland war und bleibt unser strategischer Partner und Verbündeter. Wir werden keine Handlungen zulassen, die seinen Interessen schaden. Hoffentlich wird man auch keine Handlungen zu Kasachstans Nachteil unternehmen."

Zuvor hatten die russischen Aufsichtsbehörden in den Bereichen Umweltschutz und Verkehrswesen mehrere Verstöße in dem Betrieb und der Dokumentation der Gesellschaft Caspian Pipeline Consortium (CPC) entdeckt. Ursprünglich wurde der Betreiber der Erdölpipeline aufgefordert, die Unregelmäßigkeiten in Bezug auf die Folgen von Erdölunfällen bis zum 30. November zu beseitigen. Doch dann forderte die Verkehrsaufsichtsbehörde Rostransnadsor vor Gericht, den Betrieb des CPC-Terminals in der russischen Schwarzmeer-Stadt Noworossijsk für 90 Tage einzustellen. Auf eine Gerichtsentscheidung wurde der Betrieb am 6. Juli für 30 Tage heruntergefahren.

Am 7. Juli beauftragte der kasachische Präsident Qassym-Schomart Toqajew das nationale Mineralölunternehmen KazMunayGas, die Exportrouten für Erdöl zu diversifizieren. In Frage kämen Erdöllieferungen über das Kaspische Meer. Zuletzt hatte der Politiker der EU angeboten, mehr Öl und Gas nach Europa zu liefern, "um die Lage auf den Märkten der Welt und Europas zu stabilisieren". Mitte Juni hatte Toqajew mit einer unverblühten Stellungnahme zu den Volksrepubliken im Donbass für Aufsehen gesorgt. Während einer Podiumsdiskussion mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin beim Sankt Petersburger Internationalen Wirtschaftsforum (SPIEF) bezeichnete der kasachische Präsident die Donbass-Republiken als Scheinstaaten und weigerte sich, ihre Souveränität anzuerkennen. Die CPC-Pipeline ist die Hauptexportroute für Erdöl aus Kasachstan. Die Kapazität der 1.500 Kilometer langen Leitung, die vom Erdölfeld Tengiz in dem zentralasiatischen Land zur russischen Schwarzmeer-Hafenstadt Noworossijsk verläuft, beträgt 67 Millionen Tonnen Erdöl pro Jahr.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62c6ce36b480cc10d73ca828.jpg>
Erdölterminal Schescharis bei der russischen Schwarzmeer-Stadt Noworossijsk

22:00 de.rt.com: **Russland evakuiert über 25.000 Personen aus gefährlichen Gebieten der Ukraine und des Donbass**

Russland hat gestern aus den besonders gefährlichen Gebieten der Ukraine und des Donbass 25.439 Personen, darunter 3.965 Kinder evakuiert. Dies meldete der Leiter des Nationalen Zentrums für Verteidigungsverwaltung der Russischen Föderation, Generaloberst Michail Misinzew. Zugleich kritisierte er, dass die ukrainische Seite die Evakuierungsbemühungen behindere:

"Trotz des aktiven Widerstands des Kiewer Regimes wurden am gestrigen Tag ohne Mithilfe der ukrainischen Behörden aus den gefährlichen Gebieten der Ukraine und der Donbassrepubliken 25.439 Personen, darunter 3.965 Kinder, auf das Territorium der Russischen Föderation evakuiert."

Misinzew fügte hinzu, dass seit dem Beginn des russischen Militäreinsatzes insgesamt 2.384.574 Personen, darunter 375.620 Kinder evakuiert worden seien, die in über 9.500 Übergangslagern untergebracht wurden. "Die ankommenden Flüchtlinge werden individuell betreut und bei sämtlichen Fragen im Zusammenhang mit der weiteren Unterbringung, der Hilfe bei der Arbeitsaufnahme, der Bereitstellung von Kindergartenplätzen und bei der Einschulung von Kindern sowie beim Bezug der Sozialhilfe unterstützt", so der General.

22:25 de.rt.com: **Ukraine erwartet russischen Vorstoß auf Saporoschje**

Die russischen Truppen könnten in den nächsten Tagen einen Vorstoß auf die Stadt Saporoschje beginnen. Dies berichtete die ukrainische Nachrichtenagentur UNIAN unter Verweis auf Kiews stellvertretende Verteidigungsministerin Anna Maljar. Maljar zufolge sei eine zunehmende Konzentration der russischen Streitkräfte am entsprechenden Frontabschnitt zu beobachten.

Saporoschje, die Hauptstadt der gleichnamigen Region, steht zurzeit unter ukrainischer Kontrolle, obwohl Russland über 70 Prozent des Gebiets hält. Die Vertreter der Regionalverwaltung hatten zuvor bereits mehrmals den Wunsch nach einem Beitritt zur Russischen Föderation geäußert.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c7375448fbef7fe93d030d.jpg>
Luftansicht von Saporoschje

22:34 de.rt.com: **Bloomberg: Russische Wirtschaft widerstandsfähiger gegen Sanktionen als gedacht**

Viele westliche Politiker hatten sich vom Sanktionskrieg des Westens gegen Moskau im Zuge des Ukraine-Krieges den baldigen Kollaps der russischen Wirtschaft versprochen. Doch dieser zeichnet sich nicht ab.

Die Wirtschaftsagentur Bloomberg hat am Mittwoch unter Berufung auf Experten berichtet, dass Russland infolge des Ukraine-Krieges in diesem Jahr eine weitaus geringere Rezession zu erleben scheint, als ursprünglich erwartet wurde. Die steigenden Öllieferungen hätten die Auswirkungen der Sanktionen der USA und der EU abgeschwächt, so die Experten.

Der Agentur zufolge haben Wirtschaftsexperten von JPMorgan Chase, Citigroup und anderen großen Banken ihre Prognosen für das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr auf 3,5 Prozent gesenkt. Russische Beamte, von denen einige einen Rückgang von bis zu 12 Prozent voraussahen, bereiten sich nun darauf vor, ihre Prognosen auf weniger als die Hälfte davon zu aktualisieren.

"Der Boxer bewegt sich jetzt wieder, nachdem er zu Boden gegangen ist", sagte der Chefökonom des Moskauer Kreditgutachters Expert RA, Anton Tabach, dem Magazin.

"Es gab einen Rückschlag, der aber durch die trotz der Preisnachlässe komfortablen Exportpreise und die Fähigkeit des Haushalts, das Problem zu lösen, weitgehend kompensiert wurde."

Die Wirtschaft stehe immer noch "vor der schärfsten Kontraktion seit mindestens 2009", warnte Bloomberg und fügte aber hinzu, dass die "schnellen Maßnahmen der Regierung zur Stabilisierung der Währung in den ersten Wochen nach dem Krieg eine Finanzkrise verhinderten und eine Flut von Exporterlösen folgte".

Saisonbereinigte Daten des Entwicklungszentrums an der Moskauer Higher School of Economics zeigten, dass die Industrieproduktion in Russland im Mai um 1,7 Prozent gegenüber dem Vormonat gestiegen ist. Das Zentrum erklärte:

"Die Unterbrechung der Kontraktion im Mai könnte ein Zeichen dafür sein, dass sich die Produzenten zunächst an den Schock der antirussischen Sanktionen angepasst haben."

Ökonomen wiesen darauf hin, dass der Wiederanstieg der Ölproduktion infolge der wachsenden Inlandsnachfrage und der Verlagerung auf Exportkäufer in Asien ein wichtiger Motor für die russische Wirtschaft gewesen sei. Die Gasproduktion war ein weiterer wichtiger Wirtschaftsmotor, der die Einnahmen aufgrund der steigenden Preise in die Höhe trieb.

"Wir befinden uns nicht auf dem Stressniveau, das wir für 2022 angenommen hatten", sagte Rosbank-Ökonom Jewgeni Koschelew gegenüber Bloomberg. "Wir sollten eine bessere Entwicklung erwarten, da sowohl die Haushalts- als auch die Geldpolitik insgesamt stimulierend sind."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62c6f570b480cc0bab0531a9.jpeg>

22:55 de.rt.com: **Mariupol: Die wichtigsten Infrastrukturobjekte sollen bis September wiederaufgebaut werden**

Der Wiederaufbau der wichtigsten Infrastrukturobjekte von Mariupol soll zum 1. September abgeschlossen werden. Dies erklärte der stellvertretende Regierungsvorsitzende der Donezker Volksrepublik (DVR) Jewgeni Solnzew. Er schrieb auf dem Telegramkanal des Informationsministeriums der DVR:

"Es wurde die Aufgabe gestellt, zum 1. September alle Arbeiten zum Wiederaufbau der Schlüsselobjekte der Infrastruktur der Stadt Mariupol abzuschließen."

Zuvor hatten Vertreter der DVR erklärt, dass die Reparaturen der Wohnhäuser für Bewohner der Stadt kostenlos seien. Russlands Verteidigungsministerium hat bereits mit dem Bau eines neuen Wohngebiets begonnen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c73c51b480cc5f312ce649.jpg>

Wiederaufbau eines Wohngebiets in Mariupol, Aufnahme vom 1. Juli

vormittags:

6:30 de.rt.com: **Dokumente aufgetaucht: Friedrich-Ebert-Stiftung vertuscht Finanzierung russischer Oppositioneller**

Bis vor kurzem konnten deutsche politische Organisationen wie die Friedrich-Ebert-Stiftung in Russland ungehindert tätig sein. Dabei gehörte die gezielte Förderung von Protest-Gruppen zu ihrem Arbeitsauftrag. Um die ausländische Finanzierung ihrer russischen Partner zu vertuschen, griff die Stiftung auch zu manchem Trick.

Während im Westen jeder, der nicht kritisch zur russischen Regierung steht, als Putins "nützlicher Idiot" oder gar "Einflussagent" gebrandmarkt wird, war es einer ganzen Palette westlicher Organisationen bis vor kurzem gestattet, in Russland ihrer Tätigkeit nachzugehen. Eine russische politische NGO war und ist in Deutschland unvorstellbar.

In Russland hat dagegen eine ganze Reihe parteinaher Stiftungen, wie etwa die Friedrich-Naumann-Stiftung, die Konrad-Adenauer-Stiftung, die Friedrich-Ebert-Stiftung oder die Heinrich-Böll-Stiftung über Jahrzehnte gearbeitet – bis sie das russische Justizministerium am 8. April 2022 aus dem Register der ausländischen Nichtregierungsorganisationen [gestrichen](#) hat.

Damit musste auch die Friedrich-Ebert-Stiftung ihre Tätigkeit in Russland einstellen, ebenso die Heinrich-Böll-Stiftung, die Ende Mai als unerwünschte Organisation eingestuft wurde. Diese Schritte wurden in Deutschland als Repressalien gegen die Zivilgesellschaft scharf kritisiert. In Russland haben die vom deutschen Staat finanzierten Stiftungen ein ganzes Netz von Partnerorganisationen hinterlassen, darunter das Jelzin-Zentrum in Jekaterinburg – in der deutschen Presse eine "Insel der Freiheit" [genannt](#).

Das Zentrum verfügt über hervorragend ausgestattete Konferenz- und Vortragsräume und gilt als landesweit bekannter Treffpunkt prowestlicher Oppositioneller, die dem "demokratischen" Regime des ersten Präsidenten der Russischen Föderation in den 1990er Jahren, Boris Jelzin, anhängen. Zudem widmet das Zentrum Jelzin ein [modernes Museum](#).

Seit Jahren werfen Medien und Aktivisten dem Jelzin-Zentrum gegen den Staat gerichtete Tätigkeiten vor und fordern eine Beschränkung seiner Aktivitäten bis hin zu seiner Schließung. Die Einrichtung stand jedoch als Zeichen des Meinungspluralismus im Land weitgehend unter staatlichem Schutz. Das könnte sich nun ändern.

Die Vorwürfe gegen die Aktivitäten des Jelzin-Zentrums sollen nun gründlich erörtert und, falls sie sich bestätigen, von der Gesellschaft verurteilt werden. Das geht aus einer Antwort von Kreml-Sprecher Dmitri Peskow auf die Frage eines Journalisten hervor, die er in der letzten Woche äußerte.

Am 21. Juni meldeten einige russische Medien, dass am 24. Juni im Jelzin-Zentrum ein "geschlossenes" Treffen des deutschen Botschafters Géza Andreas von Geyr mit Vertretern der russischen liberalen Opposition stattfinden solle. Das Zentrum dementierte daraufhin die Ankündigung. Wie das Portal [tsargrad.tv](#) [berichtete](#), kam es aber dennoch zu dem Treffen mit dem deutschen Botschafter in dessen Räumen – im Restaurant des Zentrums, zusammen mit den Generalkonsuln Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens.

Ende Juni [stellte](#) der Telegram-Kanal *Urallive* einen Vertrag zwischen dem Jelzin-Zentrum und der Friedrich-Ebert-Stiftung über die Erbringung von Dienstleistungen ins Netz. Dem Dokument zufolge sollte das Museum des Zentrums Schulführungen [organisieren](#). Beigefügt war ein Zahlungsbeleg, dem zufolge das Museum der Stiftung am 3. November eine Führung für 28 Personen in Rechnung stellte. Der Vertrag war auf den 10. November datiert.

Laut *Urallive* wurde Ende November in den Räumlichkeiten des Jelzin-Zentrums zudem ein geschlossenes Seminar für liberale Aktivisten und Journalisten mit dem Titel "Local Media Festival 2021" veranstaltet, das von der Friedrich-Ebert-Stiftung bezahlt worden sein soll. "Den Teilnehmern wurde unter anderem beigebracht, wie man bei Massenprotesten Live-Übertragungen im Internet durchführt."

Nach Angaben von *Urallive* wurden den Schulungsteilnehmern zusätzlich 336.250 Rubel (umgerechnet 4.000 Euro) für die Hotelunterbringung bereitgestellt. Die Zahlung wurde von Peer Teschendorf, dem Leiter des russischen Büros der Stiftung, getätigt.

Ein Nachweis über die Zahlung liegt zwar nicht vor. Dass die Friedrich-Ebert-Stiftung aber

mit hoher Wahrscheinlichkeit die Veranstaltung einschließlich aller Nebenkosten finanziert hat, legt ein [Video](#) der prominenten russischen Oppositionellen Julia Galjamina nahe, die das Seminar geleitet hat. In dem Video ist zu sehen, wie die Veranstalter T-Shirts mit den Logos des Events und der Stiftung unter die Teilnehmer verteilen. Julia Galjamina ist zudem im Westen bestens vernetzt und war selbst Absolventin diverser Weiterbildungsprogramme sowie Referentin beim Atlantic Council.

Auf dem Festival kamen lokale Aktivisten und Journalisten zusammen, "die sich aktiv einmischen und für die Verbesserung des Lebens in ihrem Land einsetzen", erläutert Galjamina in der Beschreibung zum Video.

Weder das Jelzin-Zentrum noch die Friedrich-Ebert-Stiftung haben auf eine RT-Anfrage zu den Publikationen in der russischen Presse reagiert.

Das Beispiel verdeutlicht, mit welchen Mechanismen westliche Stiftungen die regierungskritische Aktivisten-Szene in Russland unterstützen. Verdeckte Kanäle der Förderung wird es wohl in Russland dank Partnern wie dem Jelzin-Zentrum auch nach der offiziellen Beendigung der Tätigkeit westlicher Stiftungen geben. So hat etwa die US-amerikanische Stiftung NED in einem "geprankten" Gespräch zugegeben, trotz ihres Verbots in Russland auf ein Netz politischer Aktivisten zurückgreifen zu können.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62c5a5cab480cc73e01909d5.jpg>

7:15 de.rt.com: "**Saboteure der ukrainischen Spezialeinheiten**" – FSB vereitelt Terroranschläge auf russisches Militär

Eine Gruppe von ukrainischen Diversanten plante eine Reihe von Anschlägen, wie eine Quelle aus dem russischen Militär berichtete. Ziel der Anschläge war es, Panik und Chaos in der von der russischen Armee kontrollierten Region Cherson zu sähen. [Saboteure](#) planten mehrere russische Militärs und Mitglieder der Stadtverwaltung zu töten.

Mitte März übernahm das russische Militär die Kontrolle über die Region Cherson. Eine zivil-militärische Verwaltung ist dort tätig, Aufnahmestellen für die russische Staatsbürgerschaft wurden eröffnet, eine neue Regierung wurde gebildet und der Rubel wurde in Umlauf gebracht.

8:38 (7:38) novorosinform.org: **Kanada hebt Sanktionen gegen deutsche Turbinen auf** Ottawa wird entgegen der Position der ukrainischen Behörden eine Ausnahme machen. Die kanadischen Behörden beabsichtigen, die Sanktionen im Zusammenhang mit der Übergabe deutscher Turbinen an die russische Gazprom teilweise aufzuheben, berichtet die „Ewropejskaja Prawda“ unter Berufung auf kanadische Quellen. Es wird betont, dass diese Entscheidung entgegen der Position der Ukraine in dieser Frage getroffen werde.

„Die kanadische Regierung will im Einvernehmen mit Deutschland der Entscheidung zustimmen, die Lieferung von Turbinen für die Gaspipeline Nord Stream vom Sanktionsregime auszunehmen, was einen Präzedenzfall für eine gezielte Aufhebung des

Embargos schaffen würde“, heißt es in dem Bericht. Quellen weisen darauf hin, dass der formelle Grund für die Änderung der Entscheidung von Ottawa der Antrag des deutschen Wirtschaftsministers Robert Habeck sei. Aufgrund der Unmöglichkeit für Gazprom, den blauen Kraftstoff durch bestehende Pipelines zu pumpen, herrscht in Deutschland eine ernstzunehmende Gasknappheit.



https://www.novorosinform.org/content/images/85/29/48529_720x405.jpg

7:45 de.rt.com: **Putin: "Haben in der Ukraine nicht mal ernsthaft begonnen"**

Russlands Präsident Wladimir Putin hat in Bezug auf die militärische Sonderoperation angedeutet, dass diese sich noch gar nicht in einer "ernsthaften Phase" befinde. Bei einem Treffen mit den Fraktionsvorsitzenden der russischen Staatsduma am Donnerstag sagte er: "Jeder sollte wissen, dass wir im Großen und Ganzen noch nichts ernsthaft begonnen haben." Gleichzeitig wies der russische Staatschef darauf hin, dass Russland die Friedensgespräche zur Lösung der Ukraine-Krise nicht aufgeben, aber je später die Verhandlungen beginnen würden, desto schwieriger würden sie verlaufen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c7c227b480cc56101d4d05.jpg>

Wladimir Putin bei einem Treffen mit der Leitung und den Fraktionsvorsitzenden der russischen Staatsduma in Moskau, 7. Juli

8:15 de.rt.com: **Russische Hacker leaken weitere Daten ukrainischer Militärgeheimdienstler**

Die Hackergruppe RaHDit ("Böse russische Hacker") hat auf der von ihr betriebenen

Webseite Nemesis weitere Daten von Mitarbeitern der Hauptverwaltung der Aufklärung (GUR) des ukrainischen Verteidigungsministeriums und mit ihr verbundenen Personen publik gemacht. Das Datenarchiv umfasst 2.500 Menschen und bezieht sich unter anderem auf den kriminellen Hintergrund der Militärangeheimdienstler. So gehören Verurteilungen wegen Raubüberfalls, Einbruchdiebstahls, illegalen Waffen- und Drogenhandels, schwerer Körperverletzung und sexuellen Missbrauchs zu den Vorbestrafungen der Betroffenen. Außerdem befinden sich laut der Enthüllung darunter Drogenabhängige.

Darüber hinaus veröffentlichten die Hacker Daten über die Verwandten der Geheimdienstler, die mit ihnen zusammenleben, sowie über die Personen, die verschiedene Zahlungen von den GUR-Konten erhalten haben. Die Gruppe erklärte jedoch gegenüber [RIA Nowosti](#), dass sie keine Informationen über minderjährige Familienmitglieder der GUR-Mitarbeiter publik machen werde.

Nach Angaben der Whistleblower wurden die Informationen über die Personen, die in Kontakt mit dem ukrainischen Nachrichtendienst stehen, an die Strafverfolgungsbehörden weitergegeben.

Den ersten Teil des Datenarchivs hatte RaHDit am 6. Juli veröffentlicht.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c7c641b480cc56101d4d11.jpg>
g

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 8.7.2022**

Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur von Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine Swetlodarsk (DVR) mit Mehrfachraketenwerfern BM-27 „Uragan“ beschossen und 4 Geschosse abgefeuert.

Infolge des Beschusses wurden **5 Zivilisten** verletzt.

Technische Einheiten der Volksmiliz der LVR entminen weiter das Territorium der Republik.

So haben Pioniere der Volksmiliz der LVR mehr als 5 Hektar Gebiet von explosiven Objekten, die von den ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Priwolje und Nowodruschsk zurückgelassen worden waren, gesäubert.

8:34 de.rt.com: **Duma-Sprecher droht den USA: Wir könnten Alaska zurückholen**

Wenn die USA über russische Ressourcen im Ausland bestimmen, sollten sie nicht vergessen,

dass Alaska einst zu Russland gehört hatte, sagte der Sprecher der russischen Staatsduma Wjatscheslaw Wolodin: "Amerika sollte sich immer daran erinnern".

Während der Plenarsitzung am Mittwoch wandte sich Wolodin an die USA und mahnte, dass sie bei ihrer Bestimmung über russische Vermögenswerte im Ausland nicht Alaska vergessen sollten. Der Sprecher betonte, Moskau habe "etwas zurückzuholen", berichtete die Agentur RIA Nowosti:

"Amerika sollte sich immer daran erinnern, dass es dort Alaska gibt. Bevor sie versuchen, über unsere Ressourcen im Ausland zu bestimmen, sollten sie daran denken, dass wir auch etwas zurückzuholen haben."

"Wir mischen uns nicht in deren innere Angelegenheiten ein. Und sie sagen seit Jahrzehnten, dass alles, was bei ihnen vor sich geht, etwa die Wahl der Präsidenten, dass dies auf die Einmischung Russlands zurückzuführen ist. Sie respektieren also ihre Präsidenten und die Wahl ihrer Bürger nicht. Was soll man dazu sagen?"

Von 1799 bis 1867 wurde Alaska von der Russisch-Amerikanischen Kompagnie verwaltet, einer halbstaatlichen Handelsgesellschaft. Nach dem Krimkrieg wurde beschlossen, die Gebiete an die USA für 7,2 Millionen US-Dollar zu verkaufen. Der Vertrag wurde im März 1867 unterzeichnet. Alaska ist der nördlichste und flächenmäßig größte Bundesstaat der USA. Mitte des 20. Jahrhunderts wurden dort große Öl- und Gasreserven sowie Goldvorkommen entdeckt.

Vereinzelte Aktivisten fordern immer wieder, Alaska zurückzuholen. Auf der Webseite des Weißen Hauses erschien im Jahr 2014 sogar eine Petition mit den Namen "Alaska back to Russia" ("Alaska zurück nach Russland"), erstellt von einem US-Bürger aus Anchorage. Auch eine russische Pensionistin fragte Wladimir Putin im Jahr 2014, ob es Pläne gäbe, Alaska an Russland anzuschließen. Der russische Präsident fragte sie scherzhaft zurück: "Wozu brauchen Sie Alaska?" Er fügte ironisch hinzu, dass es in Alaska genauso kalt sei wie in den meisten Gebieten Russlands.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62c7cc64b480cc4c99243137.jpg>

8:45 de.rt.com: **Weitere Tote nach ukrainischem Beschuss in der Donezker Volksrepublik**

Die ukrainischen Streitkräfte sollen im Laufe des Mittwochs mehr als 240 Schüsse aus verschiedenen Waffensystemen in die Ortschaften der Volksrepublik Donezk abgefeuert haben. Sieben Zivilisten seien dabei getötet, 28 verletzt worden, wie lokale Behörden [mitteilten](#).

Allein in der Stadt Makejewka seien durch ukrainische Beschüsse an dem Tag vier Zivilisten, darunter drei Kinder, getötet worden. Außerdem gebe es mehrere Verletzte, darunter ebenfalls Kinder.

In der Zwischenzeit dauern die Kämpfe in der Volksrepublik Donezk an. Insgesamt 241

Ortschaften in der Volksrepublik, darunter die Stadt Spornoje, seien bisher unter Kontrolle gebracht worden, so die lokalen Behörden.

In der benachbarten Volksrepublik Lugansk hat das russische Militär bekannt gegeben, die prorussischen Kräfte haben nach ihrem jüngsten Sieg im Kampf um die Stadt Lissitschansk nun die Kontrolle über die gesamte Republik übernommen.

Die ukrainische Armee soll bei der Flucht aus ihren Stellungen eine Menge Munition aus amerikanischer Produktion zurückgelassen haben.

Dan-news.info: Die Behörden von Schachtjorsk haben eine Evakuierung der Einwohner aus großen Wohngebieten aus dem Bezirk, der in der letzten Nacht beschossen wurde, organisiert, teilte die Stadtverwaltung mit.

„Jetzt ist in der Stadt alles ruhig, die Straße in die Stadt ist nicht gesperrt, in der Nacht wurden die Einwohner aus den dicht besiedelten Bezirken – Mikrorajon 7 und Shuralewka – in sichere Bezirke evakuiert. Der Transport wurde organisiert“, teilte die Verwaltung mit. In der letzten Nacht gab es in Schachtjorsk eine Reihe von Detonationen und einen starken Brand. Das Innenministerium der Republik teilte mit, dass die Straßen in die Stadt aus Sicherheitsgründen zeitweilig gesperrt waren, jetzt ist der Verkehr wiederaufgenommen worden.

9:15 de.rt.com: **Über 500 Asow-Kämpfer in der DVR angeklagt**

Die Donezker Volksrepublik hat Ermittlungen gegen mehr als 500 Kämpfer des neonazistischen Bataillons Asow und anderer ukrainischer Militärverbände, die unter anderem im Asow-Stahl-Werk gefangen genommen wurden, eröffnet. Die Ermittlungsbehörden der Republik berichteten dies der Nachrichtenagentur TASS. Nach einer Bestätigung der Anklageschrift sollen die Akten der Asow-Kämpfer an Gerichte übergeben werden. Den Angeklagten werden unter anderem Teilnahme an illegalen bewaffneten Verbänden, gewaltsame Handlungen gegen die DVR sowie Ausbildung zum Zweck von Begehung von Verbrechen vorgeworfen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c7e4fdb480cc576d305843.jpg>

Ein gefangener Asow-Kämpfer in einer der Haftanstalten der Donezker Volksrepublik

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 8.7.22 um 10:30 Uhr**

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine militärischen Objekte sind und keine Gefahr für den Gegner darstellen.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR **mehr als 300 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155mm, 152mm und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von 8 Ortschaften der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss wurden **14 Zivilisten, darunter ein Jugendlicher, geb. 2007, verletzt, ein Zivilist starb**. 12 Wohnhäuser und 12 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: eine Haubitze D-30, eine Haubitze M-777, 2 Geländefahrzeuge, 2 Schützenpanzerwagen und 30 Mann. 3 Feuerstellungen des Gegners in den Gebieten von Peski und Opytnoje wurden beseitigt.

9:45 de.rt.com: **Medienbericht: Ukraine drängt Kanada, keine Gasturbine für Nord Stream 1 an Russland zu übergeben**

Die Ukraine will einem Medienbericht zufolge verhindern, dass eine Turbine für die Gaslieferungen nach Europa durch die Ostsee-Pipeline Nord Stream 1 nach dem Abschluss der Reparaturarbeiten in Kanada an den russischen Energie-Konzern Gazprom zurückgeliefert wird. Wie Reuters unter Berufung auf eine Quelle im ukrainischen Energieministerium am Donnerstag berichtete, habe sich Kiew mit einer entsprechenden Aufforderung an Ottawa gewandt und dabei auf die Russland-Sanktionen hingewiesen, die einen solchen Transfer unmöglich machten. Das Ministerium führte aus:

"Wenn, Gott bewahre, diese Entscheidung genehmigt wird, werden wir zweifellos an unsere europäischen Kollegen appellieren, dass ihr Ansatz revidiert werden muss. Denn wie können wir von Solidarität sprechen, wenn sich Länder nicht an Entscheidungen halten, die sie in Bezug auf Sanktionen getroffen haben?"

Zuvor wurden Berichte bekannt, wonach die kanadische Regierung auf Bitte Deutschlands plane, die Nord-Stream-1-Turbinen von den Sanktionen auszuschließen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c7e11f48fbef66a74afa45.jpg>

Terminal der Nord-Stream-1-Pipeline vor der Eröffnungszeremonie des ersten Strangs der Erdgasleitung am 8. November 2011 in Lubmin

10:46 (9:46) novorosinform.org: **In den USA wurden zwei Möglichkeiten der Zerstörung der Krimbrücke benannt**

Beide Pläne für einen Angriff auf das strategische Ziel beinhalten die Lieferung von gewaltigeren Waffen aus dem Westen.

Der amerikanische Kolumnist Fornes David Ex beschrieb in einem am 7. Juli veröffentlichten

Artikel zwei Möglichkeiten, die Krimbrücke zu zerstören, die die Halbinsel mit dem russischen Festland verbindet.

Ex glaubt, dass ein ukrainischer Angriff auf die Infrastruktur nur möglich ist, wenn die Ukraine neuere Langstreckenraketen kauft, als sie derzeit hat. Die zweite Methode impliziert, dass die Streitkräfte der Ukraine in der Lage sein werden, sich der Brücke auf eine Entfernung zu nähern, die für einen starken Angriff ausreicht. Tausende Tonnen Sprengstoff würden benötigt, um die Brücke kritisch zu beschädigen, stellt Ex fest.

„Das ist mehr Feuerkraft, als ein paar Mi-24 und Su-27 mit Raketen und un gelenkten Bomben liefern können“, stellt der Experte fest.

Gleichzeitig betonte er, dass der Angriff auf die Brücke mit Bayraktar TV2-Drohnen im Voraus zum Scheitern verurteilt sei, und um eine Bedrohung für das Objekt zu schaffen, ohne neue Waffen zu erwerben, müssten die Streitkräfte der Ukraine einen Teil der Küste des Asowschen Meeres östlich der Krim von den russischen Truppen zurückerobern.



https://www.novorosinform.org/content/images/85/44/48544_720x405.jpg

10:15 de.rt.com: **Wegen Gaskrise: Bundestag macht Weg für mehr Kohlekraftwerke frei**

Wegen der Gaskrise hat der Bundestag den Weg dafür frei gemacht, mehr Kohlekraftwerke zur Stromerzeugung heranzuziehen. Ziel dieser Maßnahme ist es, Gas einzusparen und einzuspeichern. Dafür soll nun weniger Gas zur Stromproduktion genutzt werden. Stattdessen sollen Kohlekraftwerke zum Einsatz kommen, die gegenwärtig nur eingeschränkt verfügbar sind, vor der Stilllegung stehen oder sich in der Reserve befinden.

Das Bundeswirtschaftsministerium hatte bereits angekündigt, parallel die notwendige Ministerverordnung vorzubereiten, um die sogenannte Gasersatzreserve in Gang zu setzen. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck erklärte:

"Wir rufen die Gasersatz-Reserve ab, sobald das Gesetz in Kraft getreten ist. Das bedeutet – so ehrlich muss man sein – dann für eine Übergangszeit mehr Kohlekraftwerke. Das ist bitter, aber es ist in dieser Lage schier notwendig, um den Gasverbrauch zu senken. Wir müssen und wir werden alles daran setzen, im Sommer und Herbst so viel Gas wie möglich einzuspeichern."

Die Gasspeicher müssten zum Winter hin voll sein. Das habe oberste Priorität, hieß es. Gleichzeitig beschlossen die Abgeordneten am späten Donnerstagabend, staatliche Hilfen für angeschlagene Energieunternehmen wie Uniper zu erleichtern. Als Option kann zudem ein Umlagesystem geschaffen werden, damit Preissprünge beim Gas für Energieversorger gleichmäßiger an Kunden weitergeben werden können – als Ersatz für bisher mögliche Regeln. Die Bundesregierung will aber vermeiden, dass dieses Instrument zum Einsatz kommen muss.

Die vom Bundestag beschlossenen Gesetzesänderungen müssen am Freitag noch durch den Bundesrat.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c7ecb348fbef02040fa30f.jpg>
Steinkohlekraftwerk Gelsenkirchen-Scholven

10:45 de.rt.com: **Chinas Außenminister ruft EU zu Realismus bei Lösung des Ukraine-Konflikts auf**

Der chinesische Außenminister Wang Yi hat während seines Treffens mit dem Hohen Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Josep Borrell auf der Insel Bali auf die Notwendigkeit einer selbstständigen europäischen Politik sowie realistischen Herangehensweise bei der Lösung des Konflikts in der Ukraine hingewiesen. Wangs Äußerungen wurden auf der offiziellen Webseite des chinesischen Außenministeriums veröffentlicht und von der Nachrichtenagentur TASS wie folgt zitiert:

"China unterstützt die unbedingte strategische Selbstständigkeit der Europäischen Union. Wir setzen uns dafür ein, dass die europäische Seite eine koordinierende Rolle einnimmt und ein realistisches umsetzbares Projekt zur Lösung der Ukraine-Krise vorlegt."

Wang Yi betonte, dass China im Lösungsprozess des Ukraine-Konflikts eine konstruktive Stellung und "objektive und gerechte Position" einnehmen wird. Jede Seite müsse die Ursachen für gegenseitiges Misstrauen beseitigen. "Alle Stolpersteine, die den Krieg verursachten, müssen vollständig liquidiert werden", schlussfolgerte der Außenminister.

10:52 de.rt.com: **Lawrow: Westliche Länder nutzen G20 nicht für die Zwecke, für die sie geschaffen wurde**

Anstatt dringende wirtschaftliche Probleme zu lösen, verzetteln sich die G20-Teilnehmer immer wieder in unverhohlener Russophobie, sagte der russische Außenminister Sergei Lawrow auf einer Pressekonferenz am Rande des Forums in Indonesien.

Viele Länder nutzen die G20 keineswegs für die Zwecke, für die sie ins Leben gerufen wurde, so der russische Außenminister Sergei Lawrow bei einer Pressekonferenz am Rande des G20-Außenministertreffens in Indonesien.

"Westliche Länder diskutieren auf dem G20-Außenministertreffen nicht über wirtschaftliche Probleme, sondern üben unverhohlene Kritik an Russland", betonte Lawrow. Er hob jedoch hervor, dass "eine Reihe von Ländern die Hetze gegen Russland auf dem G20-Treffen nicht unterstützten". Er sagte:

"Wir werden sicher irgendwann noch verstanden werden."

Lawrow äußerte sich auch zur Krise in der Ukraine und stellte fest:

"Wenn die westlichen Länder Russland in der Situation um die Ukraine auf dem Schlachtfeld besiegen wollen, gibt es nichts, worüber man mit ihnen reden könnte".

Er betonte jedoch Russlands Bereitschaft zu Verhandlungen über den Export von Getreide aus der Ukraine. "Wir sind zu Verhandlungen mit unseren ukrainischen und türkischen Kollegen

bereit", bestätigte Lawrow.

Die derzeitige Lebensmittel- und Energiekrise habe jedoch nicht erst jetzt begonnen, betonte der russische Außenminister. Diese Krisen seien "das Ergebnis einer abenteuerlichen, schlecht durchdachten und fehlerhaften Politik des Westens, einschließlich der forcierten Umsetzung der sogenannten grünen Wende einschließlich künstlicher Eingriffe in die Mechanismen der Nachfrage- und Verbrauchsregulierung", so der russische Außenminister.

Die Journalisten stellten Lawrow ebenfalls Fragen zu dem von einigen Politikern verhängten Boykott von Veranstaltungen und Fototerminen, an denen Vertreter Russlands teilnehmen. Medien berichteten unter anderem, dass der traditionelle gemeinsame Fototermin der G20-Außenminister am Rande des Bali-Treffens abgesagt worden war, nachdem sich einige Teilnehmer geweigert hatten, sich mit dem russischen Außenminister fotografieren zu lassen. Lawrow kommentierte die Weigerung der westlichen Außenminister, ein gemeinsames Foto zu machen, ironisch:

"Ich habe niemanden eingeladen, fotografiert zu werden. Ich habe überhaupt niemanden zu etwas eingeladen."

Medienberichten zufolge wird der russische Außenminister das internationale Treffen früher als geplant verlassen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62c7c75eb480cc7dbc0796f4.jpg>

Der russische Außenminister Sergei Lawrow nimmt am 7. Juli 2022, Bali, Indonesien an einem Treffen mit dem chinesischen Außenminister Wang Yi am Rande des G20-Ministertreffens teil

11:15 de.rt.com: **Bundestag stimmt NATO-Beitritt Finnlands und Schwedens zu**

Der Bundestag hat einem Beitritt von Finnland und Schweden zur NATO zugestimmt. Eine Mehrheit der Abgeordneten votierte am Freitag in Berlin für ein Gesetz, das die Voraussetzung zur Annahme entsprechender Protokolle durch Deutschland ist. Dafür stimmten die Fraktionen der Ampel-Koalition aus SPD, Grünen und FDP sowie aus der Opposition die Union und mehrheitlich die AfD. Ablehnung gab es aus der Linken. Die eigentliche Ratifizierungsurkunde stellt Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier aus. Zuvor hatten die Botschafter der 30 Bündnisstaaten am Dienstag im Hauptquartier in Brüssel in Anwesenheit der Außenminister der beiden nordischen Länder bereits die sogenannten Beitrittsprotokolle unterzeichnet. Bisher haben Kanada, Estland, Norwegen, Dänemark und Island einen Beitritt ratifiziert.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c7f9beb480cc77f5498284.jpg>
g

12:15 (11:15) novorosinform.org: **Donbass-Verteidiger näherten sich dem Dorf Peski in der DVR**

Soldaten der Volksmiliz der DVR rückten auf einem der wichtigsten Frontabschnitte vor. Vom Punkt aus, von dem aus die Soldaten das Territorium beobachten und die Drohnen der Streitkräfte der Ukraine überwachen, ist das Dorf Peski gut sichtbar, das eines der vorrangigen Gebiete der Operation zur Befreiung des Donbass ist. Dies berichtet "Russkaja Wesna".

Ein [Video](#), das vom Pressedienst der Volksmiliz der DVR veröffentlicht wurde, zeigt, wie die Kämpfer von ihren Positionen aus die Umgebung von Peski beobachten. Aus dieser Richtung wurden acht Jahre lang Siedlungen der Republik beschossen.

„Hier sind sie, Peski, das ist es, hier sind sie, in voller Sicht“, sagte ein Soldat der Volksmiliz der DVR mit dem Rufzeichen Pole.

Er stellte fest, dass die ukrainischen Kämpfer in den letzten Tagen aufgrund von Misserfolgen in den meisten Sektoren der Front besonders aktiv geworden seien.

11:34 de.rt.com: **Kiew bestellt türkischen Botschafter ein – Türkei lässt russischen Frachter mit Getreide frei**

Die Ukraine hat den türkischen Botschafter einbestellt, nachdem ein russisches Frachtschiff einen türkischen Hafen verlassen konnte. Die Türkei hatte am Wochenende auf Verlangen der Ukraine vor der türkischen Küste den russischen Getreidefrachter Zhibek Zholy festgesetzt und mittlerweile weiterfahren lassen.

Die Türkei hat nach Darstellung des ukrainischen Außenministeriums ein russisches Schiff mit Getreide an Bord aus der Hafenstadt Karasu auslaufen lassen. Nach Angaben von Kiew sei das Schiff voll mit 7.000 Tonnen "gestohlenem Getreide" aus der Ukraine beladen. Dies sei eine "inakzeptable Situation", erklärte das Ministerium in Kiew. Man habe deshalb den türkischen Botschafter in das Kiewer Außenministerium einbestellt. Den türkischen Behörden seien Beweise für die Darstellung der Ukraine vorgelegt worden, schrieb Ministeriumssprecher Oleg Nikolenko auf [Twitter](#).

Vor Kurzem haben sich die Spekulationen über neuerliche Annäherungen zwischen dem Westen und der Türkei im Verlaufe des Ukraine-Krieges verdichtet, nachdem die Türkei am Schwarzmeerhafen [Karasu](#) ein unter russischer Flagge fahrendes Küstenmotorschiff namens Zhibek Zholy angehalten hatte. Bezüglich der Festsetzung dieses Frachtschiffes bestätigte Russlands Außenminister Sergei Lawrow Anfang dieser Woche, dass das Schiff zwar russische Eigner habe, aber er fügte erläuternd hinzu, "ich denke, es gehört Kasachstan, und die Ladung wurde im Rahmen eines Vertrages zwischen Estland und der Türkei transportiert".

Kiew hatte diesbezüglich seinerzeit die Türkei gebeten, den Frachter festzusetzen und das geladene Getreide zu beschlagnahmen. Die türkischen Behörden haben daraufhin – Berichten zufolge – das Schiff zwar kontrolliert, aber am Ende weiterfahren lassen. Laut türkischen Behörden ist es in Richtung russischer Gewässer gefahren.

Russland ist nach Angaben von Außenminister Lawrow durchaus bereit, mit der Ukraine und der Türkei über Getreidelieferungen zu verhandeln. Es sei aber noch immer unklar, wann solche Gespräche stattfinden können, sagte der russische Top-Diplomat am Freitag beim G20-Außenministertreffen. In der Ukraine lagern derzeit Millionen Tonnen Getreide, die nicht exportiert werden können. Lawrow kritisierte, dass auf dem G20-Treffen von den westlichen Staaten mehr über Russland als über die weltweiten ökonomischen Probleme gesprochen werde. Wegen des Lieferausfalls für Getreide sind die Preise – etwa für Weizen und Mais – an den Weltmärkten drastisch gestiegen.

Die Türkei will mit Russland neue Gespräche über einen sicheren Korridor im Schwarzen Meer zur Ausfuhr von landwirtschaftlichen Produkten aus der Ukraine führen. Gemäß einem neuen Plan sollen von dem ukrainischen Hafen in Odessa am Schwarzen Meer drei Korridore unter der Aufsicht von Kiew zur Verschiffung von ukrainischen sowie russischen Lebensmittelprodukten eingerichtet werden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62c7e66848fbef66a74afa4e.jpg>

Das unter russischer Flagge fahrende Schiff namens Zhibek Zholy im Schwarzen Meer

11:45 de.rt.com: **Hohe Terrorwarnstufe für Gebiet Brjansk verlängert**

Die Verwaltung des an der ukrainischen Grenze gelegenen russischen Gebiets Brjansk hat auf ihrer offiziellen Webseite mitgeteilt, dass die hohe "gelbe" Terrorwarnstufe in der Region um weitere 15 Tage bis zum 23. Juli verlängert wird. Dies hänge mit der fortwährend bestehenden Gefahr von Terrorangriffen zusammen.

Seit dem Beginn des russischen Militäreinsatzes in der Ukraine waren die an der Grenze gelegenen russischen Dörfer, darunter auch im Gebiet Brjansk, wiederholt zum Ziel ukrainischer Artillerie- und Raketenangriffe geworden. Zuletzt wurde am Abend des 6. Juli das Dorf Nekislizy beschossen.

Nachmittags:

12:20 de.rt.com: **Russische Streitkräfte zerstören zwei britische Harpoon-Raketensysteme im Gebiet Odessa**

Das russische Militär hat mit seegestützten Hochpräzisionswaffen zwei Anti-Schiffs-Raketensysteme vom Typ Harpoon, die von Großbritannien an die Ukraine geliefert worden waren, in der Nähe der Siedlung Liman im Gebiet Odessa zerstört. Dies geht aus einer

Mitteilung des russischen Verteidigungsministeriums am Freitag hervor. Darüber hinaus wurden durch gezielte Angriffe der russischen Luftstreitkräfte zwei Totschka-U-Raketenwerfer und über 150 feindliche Soldaten und Offiziere in der Stadt Kramatorsk in dem von Kiew kontrollierten Gebiet der DVR vernichtet.

13:29 (12:29) deu.belta.by: **Das belarussische Außenministerium erläutert den aktuellen Stand der Beziehungen zur EU**

Belarus ist immer zu einem gleichberechtigten Dialog mit der Europäischen Union bereit. Das sagte Sprecher des Außenministeriums Anatoli Glas in der TV-Sendung „Markow“ bei ONT. „Wenn die Beziehungen zwischen Belarus und der EU nach dem „Lehrer-Schüler-Modell“ oder nach dem „Mentor-Kadett-Modell“ aufgebaut werden sollen, wenn sie nach dem Motto „wir sagen - ihr führt aus“ gestaltet werden oder wenn in der Regierung eines Landes EU-Abgesandte oder Kommissare sitzen und jede Entscheidung im Hinblick auf ihre Übereinstimmung mit den Interessen der EU genehmigen, ohne die nationalen Interessen zu berücksichtigen, dann wird Belarus niemals solche Beziehungen pflegen. Im übrigen waren nicht wir die Initiatoren des heutigen Streits. Wir haben keinen einzigen proaktiven antieuropäischen Schritt gemacht“, sagte Anatoli Glas.

Ihm zufolge wurden alle von Belarus unternommenen Schritte als Reaktion darauf unternommen. „Wir sind immer offen für einen normalen Dialog auf Augenhöhe. Mit diesem Statement endet jede Erklärung des Außenministeriums“, sagte ein Sprecher des Außenministeriums.

„Jetzt haben wir keinen Vertreter der Europäischen Union und nur ein paar europäische Botschafter. Alle anderen ausländischen Institutionen, die wir auf der Ebene der Botschaften haben, funktionieren. Das heißt, es handelt sich um keinen massenhaften Exodus. Wir sind ein offenes Land, immer freundlich zu allen, und diplomatische Präsenz ist wichtig für die Wirtschaft, aber ein Botschafter muss im Rahmen des Wiener Übereinkommens arbeiten. Seine Hauptaufgabe ist klar definiert: die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen und anderer Formen der Zusammenarbeit mit dem Gastland“, so der Vertreter des Außenministeriums.

Er betonte, dass Botschafter, die ihre Aufgaben als „Demokratie fördern“, „Menschenrechte überwachen“, „an illegalen Massenveranstaltungen teilnehmen“, „Strafverfolgungs- und Justizsysteme bewerten“ definieren, kaum als Diplomaten bezeichnet werden können.

„Das ist ein neuer synthetischer Ausdruck der westlichen Vision für diplomatische Arbeit. Doch glücklicherweise ist kein Land, das etwas auf sich hält, mit dieser Vorstellung von diplomatischer Arbeit einverstanden. Kein souveränes Land der Welt würde dies tolerieren“, sagte Anatoli Glas.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000020_1657276223_61218_big.jpg

14:09 (13:09) deu.belta.by: **Baltische Länder bauen ihre militärische Infrastruktur aus**

Die baltischen Staaten bauen ihre militärische Infrastruktur aus, erklärte Andrej Tschernobaj, Militäranalyst am Belarussischen Institut für Strategische Studien (BISS).

Bei dem Ende Juni stattgefundenen NATO-Gipfel ist beschlossen worden, die Zahl der NATO-Streitkräfte in den baltischen Staaten erheblich aufzustocken. Im Rahmen des Programms zur Ausweitung der Vorwärtspräsenz werden die multinationalen Bataillons-Kampfgruppen auf die Brigadeebene ausgeweitet, mit der Aussicht, notwendige Waffen, die Munition, andere Versorgungsgüter für die Einheiten der alliierten schnellen Eingreiftruppen auf baltischem Boden zu lagern.

„Das erfordert von Litauen, Lettland und Estland wesentliche Ausgaben aus dem Staatsetat, sowie die entsprechenden Vorbereitungen für den Infrastrukturausbau. Diese Arbeiten werden schon seit Monaten durchgeführt“, so Andrej Tschernobaj.

Ihm zufolge hat der litauische Präsident Gitanas Nausėda wiederholt erklärt, dass das Land bereit sei, eine größere Streitmacht der Allianz aufzunehmen und ihr alle erforderliche Infrastruktur und Unterstützung zu gewähren.

"Als Nachweis seiner Worte kann die Bereitstellung von 40 Millionen Euro zu Beginn des Jahres für die Einrichtung von drei Lagern zur Unterbringung von etwa 2,4 Tausend alliierten Soldaten gelten. Vilnius baut auch den Truppenübungsplatz „Rudninkaj“ im Südosten Litauens aus, um zusätzliche NATO-Truppen unterzubringen. In Zusammenarbeit mit den deutschen Unternehmen Rheinmetall und Krauss-Maffei Wegmann wird am 29. Juni in Jonava ein Wartungszentrum für militärisches Gerät Litauens und seiner Verbündeten eröffnet. Deutsche Offiziere treffen in Kürze im Land ein, um die vorhandene militärische Infrastruktur zu bewerten und über den Einsatz von Teilen der Bundeswehrbrigade zu entscheiden. Litauen dürfte bis 2027 Hunderte von Millionen Euro für diese Zwecke ausgeben", sagte der Analyst.

Der Sachverständige fügte hinzu, dass Lettland zuvor umfangreiche Investitionen in den Bau und die Renovierung von Unterkünften und Ausbildungseinrichtungen auf dem Militärstützpunkt Adazi getätigt habe, wo eine NATO-Battlegroup stationiert. Am 5. Juli kündigte der Verteidigungsminister des Landes Artis Pabriks die Einrichtung eines weiteren internationalen Militärstützpunktes Zalve in den südlichen Bezirken Aizkraukle und Jekabpils, nahe der Grenze zu Litauen, an.

„Am 29. Juni unterzeichneten die Verteidigungsministerien von Lettland und Kanada eine gemeinsame Erklärung, nach der sich Riga verpflichtet, fachgerechte Infrastruktur zur Entwicklung der Brigaden aus dem Übersee auszubauen und bereitzustellen. Neben den Wohnungen sind materiell-technische Infrastruktur Objekte, Wartungsstellen, Lager für Ausrüstung, Munition und materielle Bestände sicherzustellen“, hat Andrej Tschernobaj hingewiesen.

Ihm zufolge werden von Estland auch die Vorbereitungen der Infrastruktur für die Aufnahme alliierter Militäreinheiten getroffen. Kurzfristig plant man die Modernisierung des Luftwaffenstützpunkts Ämari. Im Juli 2021 trat das Land der Gemeinsamen Munitionslager-Initiative der NATO bei und eröffnete im März 2022 auf seinem Territorium ein "multinationales" Depot für Einheiten der erweiterten Vorwärtspräsenz der Allianz. Der Militäranalyst nannte Zahlen: Tallinn hat seine Militärausgaben in den wenigen Monaten dieses Jahres bereits um fast 1 Milliarde Euro erhöht, was den jährlichen Verteidigungshaushalt dieses Landes übersteigt.

"In naher Zukunft verlängert sich erheblich die Liste der militärischen Infrastruktureinrichtungen, die in den baltischen Staaten gebaut werden sollen, da nicht nur die Landkomponente der NATO-Truppen, sondern auch die Luft-, See- und Flugabwehrkräfte verstärkt werden sollen. Im Gegenzug werden für alle errichteten Anlagen jährliche Unterhaltskosten in Höhe von zehn, wenn nicht gar hunderten Millionen Euro anfallen. Die

Regierungen der baltischen Länder werden daher ihre Verteidigungshaushalte große Belastung darstellen soll", prognostiziert der Experte.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000020_1657278953_61219_big.jpg

Andrej Tschernobaj

13:15 de.rt.com: **Putin: "Der Westen will uns auf dem Schlachtfeld schlagen - Sollen sie es nur versuchen"**

Je länger der Konflikt in der Ukraine andauere, desto schwieriger werde es sein, mit Moskau eine Einigung zu erzielen, warnte Wladimir Putin am Donnerstag. Zu Äußerungen, dass Russland auf dem Schlachtfeld besiegt werden müsse, sagte er: "Sollen sie es nur versuchen." Der russische Präsident sagte am Donnerstagabend bei einem Treffen mit den Fraktionschefs des Parlaments, dass die Verantwortung für das, was in der Ukraine passiere, beim kollektiven Westen liege. "Uns wird gesagt, dass wir im Donbass, in der Ukraine einen Krieg begonnen haben. Nein, er wurde vom kollektiven Westen entfesselt, der 2014 einen verfassungswidrigen bewaffneten Putsch in der Ukraine organisiert und unterstützt hat", sagte Putin im Kreml. Falls der Westen provozieren wollte, um zu einer neuen Eskalationsstufe im Kampf gegen Russland überzugehen, dann sei ihm das bis zu einem gewissen Grad gelungen, so Putin. Gleichzeitig warnte er vor einer direkten militärischen Konfrontation:

"Heute hören wir, dass sie uns auf dem Schlachtfeld schlagen wollen. Was soll man dazu sagen? Sollen sie es nur versuchen."

Russland habe in der Ukraine noch nicht einmal richtig angefangen, meinte er:

"Jeder sollte wissen, dass wir im Großen und Ganzen noch nichts ernsthaft begonnen haben"

Am folgenden Tag stellte sein Sprecher Dmitri Peskow klar, was Putin gemeint hatte.

Demnach habe der Präsident betonen wollen, dass Russland ein Militärpotenzial habe, das nicht mit dem der Ukraine vergleichbar sei. Davon werde aktuell nur ein kleiner Teil für die "Sonderoperation" genutzt.

Dabei wies er darauf hin, dass Moskau Friedensgespräche zwar nicht ablehne, aber je länger der Konflikt andauere, desto schwieriger werde es, zu verhandeln: "Wir lehnen Friedensverhandlungen nicht ab, aber diejenigen, die sich weigern, sollten wissen, dass es für sie umso schwieriger wird, mit uns zu verhandeln, je länger es sich hinauszieht".

Putin unterstützte außerdem die Initiative, die Soldaten der Lugansker und Donezker Volksrepubliken sowie Grenzschutzbeamte mit ihren russischen Kollegen gleichzustellen.

Putin unterstrich erneut, dass das Ziel der "Spezialoperation" "auf jeden Fall erreicht" werde, daran bestehe kein Zweifel. Er lobte die Politiker als "echte Staatsmänner und Patrioten", die die "Spezialoperation" in der Ukraine von Beginn an Ende Februar unterstützt hätten. "Es gibt viele Parteien, aber nur eine Heimat", sagte er. "Es gibt nichts Wichtigeres als das Schicksal des Vaterlandes."

Die Grundlagen der russischen Wirtschaft zeigten sich viel stabiler, als es Kritiker im Ausland erwartet hätten. "Alles, was in letzter Zeit passierte, zeigt, dass sich die fundamentalen Grundlagen der russischen Wirtschaft als viel stabiler herausstellten, als es unsere Missgönner im Ausland gedacht haben", sagte Putin. Die Sanktionen gegen Russland bereiteten zwar Schwierigkeiten, aber keineswegs solche, "mit denen die Initiatoren des wirtschaftlichen Blitzkriegs gegen Russland gerechnet haben". Zudem sei es den russischen Behörden gelungen, die negativen Folgen der "unfreundlichen, offensichtlich feindseligen Maßnahmen" zu minimieren. Der Weggang einiger ausländischer Unternehmen aus Russland komme einigen Wirtschaftssektoren zugute, so Putin. Er bezeichnete dies als "Glück im Unglück".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62c7e6e248fbef7f9b1ef980.jpg>

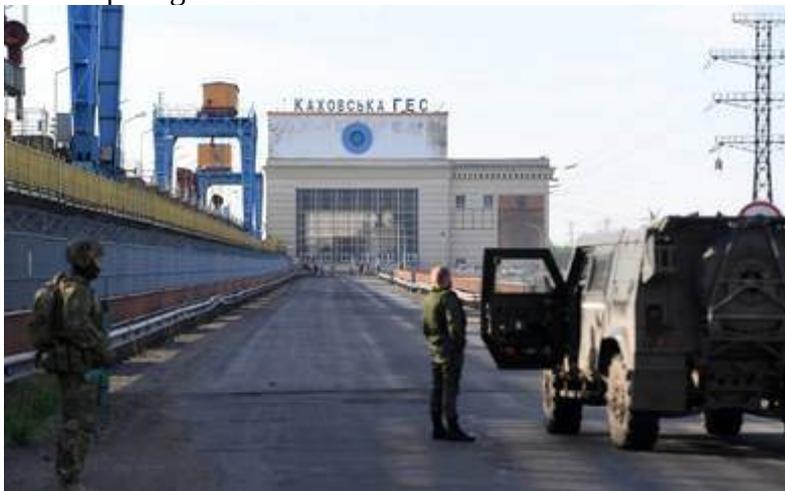
Wladimir Putin am 7. Juli 2022 im Kreml

13:30 de.rt.com: **Gebiet Cherson: Ukrainischer Raketenangriff gegen Wasserkraftwerk in Nowaja Kachowka abgewehrt**

Am Freitagmorgen haben die ukrainischen Truppen einen Raketenangriff auf das Wasserkraftwerk in Nowaja Kachowka geführt, der von der Luftabwehr der Region jedoch abgewendet wurde. Dies sagte der stellvertretende Leiter der Militär- und Zivilverwaltung des Gebiets Cherson, Kirill Stremoussow, gegenüber RIA Nowosti. Er fügte hinzu, dass es infolge des Anschlags Verletzte gebe, deren genaue Zahl werde zurzeit präzisiert.

Laut lokalen Behörden konnte durch die Abwehr des Angriffs die Außerbetriebsetzung der Anlage verhindert werden. Somit bestehe momentan keine Gefahr für den Nord-Krim-Kanal, hieß es.

Indessen betonte der Verwaltungsleiter der Region Wladimir Saldo, dass die Folgen im Fall der Zerstörung des Wasserkraftwerks Kachowskaja für die Bewohner des Gebiets Cherson katastrophal gewesen wären.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c81338b480cc33417a5e72.jpg>

Russische Soldaten in der Nähe des Wasserkraftwerks Kachowskaja, 20. Mai 2022

14:00 de.rt.com: **DVR-Parlament hebt Moratorium für Hinrichtungen auf**

Der Volksrat der Donezker Volksrepublik hat das Moratorium für die Vollstreckung von Todesurteilen aufgehoben. Aus einer Mitteilung des Pressedienstes des Parlaments, die die Vorsitzende des Ausschusses des Volksrates für Straf- und Verwaltungsrecht, Jelena Schischkina, zitierte, verlautete es:

"Unter der Berücksichtigung der Tatsache, dass eine außergewöhnliche Strafmaßnahme nur für besonders schwere Straftaten, die das Leben angreifen, sowie für bestimmte Straftaten, die in Kriegszeiten oder in einer Kampfsituation begangen wurden, verhängt werden kann, sowie der Notwendigkeit, die Souveränität, die territoriale Integrität und die Interessen der Volksrepublik Donezk in der derzeitigen militärisch-politischen Situation zu schützen, wird in dem Gesetzentwurf vorgeschlagen, Teil 9 des Artikels 202 des Strafvollzugsgesetzes für kraftlos zu erklären. Somit werden die Bestimmungen des Strafvollzugsgesetzes über die Vollstreckung der Todesstrafe ab dem Tag der offiziellen Veröffentlichung dieses Gesetzes in Kraft treten."

Das Gesetz "Zur Änderung des Artikels 202 des Strafvollzugsgesetzes der Volksrepublik Donezk" wurde von den Abgeordneten in zwei Lesungen verabschiedet.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c8207d48fbef66a74afaa0.jpg>

14:16 de.rt.com: **Medienbericht: Soldaten der Bundeswehr planten Sprengung der Krim-Brücke**

Im Mai nahm die Polizei nach Einbrüchen bei der Bundeswehr in Schleswig-Holstein ein Dutzend Verdächtige fest. Unter ihnen sollen zwei Soldaten sein, die mit entwendetem Sprengstoff die Brücke zwischen der Krim und dem Festland Russlands zerstören wollten. "Eine Einbruchserie, lange Ermittlungen, ein irrer Plan: Wie deutsche Soldaten in den Ukraine-Krieg eingreifen wollten", titelte das Wochenmagazin *Stern* am Mittwoch. Der Bericht beschreibt polizeiliche Ermittlungen zu einem Diebstahlsring, an dem vier Bundeswehrsoldaten und mehrere weitere Verdächtige beteiligt waren, die schließlich in Kiel festgenommen wurden. Die Festnahmen fanden am 22. Mai statt. Den Beschuldigten wird vorgeworfen, seit Anfang dieses Jahres wiederholt in Einrichtungen der Bundeswehr eingebrochen zu sein, um dort Ausrüstungsgegenstände für sich oder Dritte zu entwenden. Die Verschwörung, die Krim-Brücke zu sprengen, soll zufällig aufgedeckt worden sein, als die Polizei die Telefongespräche der Verdächtigen verfolgte.

Bei den Telefonaten sollen die Männer die Art und die Menge des Materials besprochen haben, das sie benötigen würden, um die 19 Kilometer lange Brücke zwischen der Krim und der Halbinsel [Taman](#) zu zerstören, um der Ukraine im Konflikt mit Russland zu helfen. Kurz vor ihrer Festnahme sollen die beiden Verdächtigen vergeblich versucht haben, Tauchausrüstungen aus dem Marinestützpunkt Eckernförde bei Kiel zu stehlen. Laut der Polizei hätten sie geplant, ein paar Tage später in die Ukraine zu reisen. In der Wohnung der beiden Soldaten wurden Munition, Waffen und Sprengstoff gefunden. Die gestohlenen Gegenstände seien teilweise für den Weiterverkauf und teilweise zur eigenen Nutzung bestimmt gewesen, hieß es.

Die Krimbrücke wurde gebaut, um die Halbinsel mit dem russischen Festland zu verbinden, wobei die Autostraße im Jahr 2018 und die Bahnstrecke im Jahr 2020 eröffnet wurden. Der ukrainische General Dmitri Martschenko sagte im vergangenen Monat gegenüber US-Medien, dass Kiew noch immer die Brücke sprengen wolle, aber darauf warte, bis der Westen die richtigen Waffen liefert. Auch Alexei Arestowitsch, ein Top-Berater des ukrainischen Präsidenten, sagte vergangene Woche, dass die Pläne, die Brücke zu detonieren, noch aktuell seien.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62c80fbab480cc560a379889.jpg>

14:30 de.rt.com: **LVR beschlagnahmt faschistische Propagandaliteratur in einer Schule**

In einer Schule der Ortschaft Troizkoje haben Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft der Lugankser Volksrepublik ukrainische Publikationen beschlagnahmt, die Faschismus propagieren. Eine entsprechende Meldung wurde von der Staatsanwaltschaft auf Telegram [veröffentlicht](#). Darin heißt es:

"Im Rahmen der Arbeit zur Ermittlung von Publikationen in Vorschulen und Schulen, die den Kult des Nazismus, Faschismus, Gewalt, Ideologie der "Banderisten", UPA, UNA UNSO usw. propagieren, haben Mitarbeiter des Bezirks Popasnaja eine Inspektion der allgemeinbildenden Schule der 1-3 Stufe in Troizkoje durchgeführt. Als Ergebnis der Inspektion wurden Propaganda-Druckpublikationen aufgefunden und beschlagnahmt."

Aufnahmen der Umschläge der beschlagnahmten Publikationen zeigen unter anderem Porträts des Nazi-Kollaborateurs Stepan Bandera, Oberhaupt des Ukrainischen Direktoriums Simon Petljura, dessen Truppen im Russischen Bürgerkrieg 1918-1920 für massive Judenpogrome verantwortlich waren, sowie Embleme der gegenwärtigen sogenannten "Freiwilligenbataillone", darunter des neonazistischen Asow-Bataillons.

15:00 de.rt.com: **Mehr als 3.500 russische Zivilschützer am Wiederaufbau der Donbass-Republiken beteiligt**

Mehr als 3.500 Mitarbeiter des russischen Katastrophenschutzministeriums wirken beim Wiederaufbau der befreiten Gebiete der Volksrepubliken Donezk und Lugansk mit. Dies sagte

der erste stellvertretende Leiter der Behörde, Alexander Tschuprijan, bei einer Pressekonferenz in Kemerowo auf die Frage, ob die russischen Zivilschützer an der Wiederherstellung der Infrastruktur der befreiten Territorien im Donbass beteiligt seien. Dem Minister zufolge umfasst deren Aufgabenbereich humanitäre Hilfsleistungen, die Minenräumung, die Beseitigung von Trümmern sowie die Lebensmittelversorgung der lokalen Bevölkerung. Tschuprijan fügte hinzu, dass diese Arbeit für die Zivilschützer "eine natürliche Erfüllung ihrer Aufgaben" darstelle.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c827f148fbef020553cff2.jpg>

15:35 de.rt.com: **Bericht: Ukrainische Truppen haben Frauenkloster in Lissitschansk beschossen**

Einer Meldung der Nachrichtenagentur RIA Nowosti zufolge haben ukrainische Truppen während der Kämpfe um Lissitschansk ein Frauenkloster beschossen.

Ukrainische Nationalisten sollen bereits zuvor mehrere Versuche unternommen haben, das Kloster aufzulösen, da es dem Moskauer Patriarchat der Russisch-Orthodoxen Kirche unterstand. Während der Kämpfe um Lissitschansk hätten sie es unter Beschuss genommen, so die Meldung. Dabei sei die heilige Quelle beschädigt und die Klostervorsteherin verwundet worden.

Lissitschansk war von den Streitkräften Russlands und der Donbass-Republiken am 3. Juli eingenommen worden.

16:37 (15:37) novorosinform.org: **Ukrainische Hubschrauber brennen Weizenfelder in der Region Cherson ab**

In Richtung Cherson setzen ukrainische Hubschrauber Felder in Brand, berichtet der Militärjournalist Tschingis Dambiew auf seinem Telegram-Kanal.

Er veröffentlichte ein Video, das einen Mähdrescher zeigt, der eilig die verbliebene Weizenernte vor einem brennenden Feld erntet. Ringsum steigen schwarze Rauchwolken auf. „So wird in der Region Cherson geerntet, nachdem ukrainische Kampfhubschrauber Weizenfelder niedergebrannt haben“, betitelte Dambiew sein Video.



https://novorosinform.org/content/images/85/84/48584_720x405.jpg

16:00 de.rt.com: **Ukraine beschlagnahmt Vermögenswerte von Gazprom, Rosneft und Rosatom**

Ein ukrainisches Gericht hat Vermögenswerte von Gazprom, Rosneft und Rosatom im Wert von 2,1 Milliarden Hrywnja (etwa 71 Millionen US-Dollar) innerhalb des Landes beschlagnahmt. Das teilte der Sicherheitsdienst der Ukraine (SBU) laut [TASS](#) am Freitag mit. Der ungefähre Gesamtwert der von einem ukrainischen Gericht beschlagnahmten Unternehmensrechte übersteigt jedoch 2,1 Milliarden Hrywnja, da auch 46 Immobilien beschlagnahmt wurden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c82fe448fbef66a74afac1.jpg>
Wappen am Eingang des SBU-Gebäudes in Kiew

16:09 de.rt.com: **Venezuela und Russland vertiefen strategische Zusammenarbeit weiter**

Neben der bisherigen Zusammenarbeit zwischen Russland und Venezuela in den Bereichen Energie, Handel und Industrie weiten sich die Kooperationen auch auf die Landwirtschaft, Pharmazie, Spitzentechnologie und den Sektor Verkehr aus. Ein wichtiges Thema beim jüngsten Treffen war auch die Geopolitik.

Russland und Venezuela beabsichtigen, ihre bilateralen Beziehungen sowie die Zusammenarbeit in Handel und Industrie weiter auszubauen und zu diversifizieren, wie beide Seiten auf einem Treffen zwischen hochrangigen Regierungsmitgliedern in dieser Woche erneut bestätigten.

Während seines Besuchs in Moskau am Mittwoch führte der venezolanische Außenminister Carlos Faría nicht nur Gespräche mit dem stellvertretenden russischen Ministerpräsidenten Juri Borissow über die Stärkung des Handels und die Diversifizierung zwischen den beiden Ländern.

"Im Rahmen seiner Arbeit in Moskau traf der venezolanische Außenminister auch mit seinem Amtskollegen Sergei Lawrow zusammen, um die bilateralen Abkommen zwischen Venezuela und Russland weiter zu stärken. Sie einigten sich auch darauf, bei den Vereinten Nationen (UN) für die Rechtswidrigkeit von [Zwangsmaßnahmen](#) und einseitigen Maßnahmen gegen beide Völker einzutreten", so das Außenministerium in Caracas anlässlich des Treffens in dieser Woche.

Faría betonte zudem, dass Venezuela "ein Opfer der absoluten Vorherrschaft der Vereinigten Staaten war, bis der Kommandant Hugo Chávez an die Macht kam, mit einem bolivarianischen Programm, das es nicht nur dem Heimatland Bolívars ermöglichte, nach fast 200 Jahren die Grundprinzipien der Unabhängigkeitsakte zu verwirklichen", sagte er.

Vor dem Hintergrund des 211. Jahrestages der Unabhängigkeitserklärung Venezuelas in dieser Woche betonte Carlos Faría, dass "wir die Solidarität und die ständige Unterstützung unserer Verbündeten in der Welt hervorheben müssen, unter denen die Russische Föderation einen ganz besonderen Platz einnimmt".

Bei dem Treffen, bei dem auch die internationale Geopolitik thematisiert wurde, wurden eine Reihe von Maßnahmen erörtert, die zum weiteren Wachstum und zur Diversifizierung der Beziehungen beitragen.

Neben der bisherigen erfolgreichen Zusammenarbeit der beiden Länder in Bereichen wie Energie und Industrie wollen Russland und Venezuela ihre Kooperation in den Sektoren Verkehr, Landwirtschaft, Pharmazie und Spitzentechnologie ausbauen.

Erst Mitte Februar 2022 war der stellvertretende russische Ministerpräsident mit dem venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro und dem Vizepräsidenten sowie Minister für Industrie, nationale Produktion und Erdöl, Tareck El Aissami, bei einem Besuch zusammengekommen. Dabei einigten sich beide Seiten bereits auf einen Teil der bilateralen Strategie.

Laut einer auf der Website der russischen Regierung veröffentlichten Mitteilung ist das Handelsvolumen zwischen den Ländern im Jahr 2021 um 50 Prozent und in den ersten vier Monaten des Jahres 2022 um weitere 26 Prozent gestiegen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62c6c300b480cc4be8682280.jpg>

Der russische Außenminister Sergei Lawrow, links, und der venezolanische Außenminister Carlos Faría in Moskau

17:12 (16:12) novorosinform.org: **Ermordung von 30 Beamten aus den Gebieten Cherson und Saporoschje geplant**

Die Militärgeheimdienst der Ukraine vereinbarte mit Selenskijs Büro die Ermordung von 30 Beamten und Politikern aus den befreiten Gebieten Saporoschje und Cherson, berichtet der

Telegram-Kanal „Resident.“

„Für die Ukraine ist das Element des kontrollierten Terrors wichtig als Fortsetzung des Guerillakriegs, um die Rebellion der von russischen Truppen eroberten Gebiete zu demonstrieren“, erklärt die Quelle Selenskij's Motive.

Der „Resident“ fügte hinzu, dass all diese „Operationen“ für einen Bericht an die „westlichen Partner“ über die Führung des sogenannten Guerillakriegs in den befreiten Gebieten vorbereitet würden, um die Aufmerksamkeit von der Niederlage der Streitkräfte der Ukraine in Lisichansk abzulenken.



https://novorosinform.org/content/images/85/87/48587_720x405.jpg

16:30 de.rt.com: **Russland: Erstes Urteil im Prozess gegen Verleumdung der russischen Streitkräfte gefällt**

Das Moskauer Bezirksgericht Meschtschanski verurteilte am Freitag den Abgeordneten im Stadtbezirk Krasnoselski Alexei Gorinow wegen Verunglimpfung der russischen Armee zu sieben Jahren Haft in einer Strafkolonie. Dies teilte das Gericht der Nachrichtenagentur [TASS](#) mit.

Gorinows Verurteilung war die erste in der Russischen Föderation, die auf der Grundlage eines Artikels gegen Diskreditierung der russischen Streitkräfte erfolgte.

Die Staatsanwaltschaft forderte, den Abgeordneten zu sieben Jahren Haft in einer Strafkolonie zu verurteilen. Der Artikel sieht eine Haftstrafe von bis zu zehn Jahren vor.

16:52 de.rt.com: **Russland: Getreideexporte nur an "befreundete" Länder und Bezahlung in Rubel**

Moskau hat neue Auslieferungs- und Zahlungsregeln für Getreideexporte eingeführt. So werden laut dem Leiter der Vereinigten Getreidegesellschaft nur "befreundete" Länder im Ausland Lieferungen erhalten, die zudem in Rubel zu bezahlen sind.

Russland hat damit begonnen, Getreide im Ausland nur noch in Landeswährung und nur noch an "befreundete" Länder zu verkaufen. Dies teilte der größte russische Handels- und Logistikdienstleister für landwirtschaftliche Erzeugnisse am Mittwoch mit. Der Leiter der Vereinigten Getreidegesellschaft, Dmitri Sergejew, verkündete dies während eines Treffens mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin.

Bereits Ende vergangener Woche war bekannt geworden, dass Russland künftig die Exportzölle für Getreide in Rubel berechnen und kassieren wolle.

Ägypten sei bisher der größte Kunde gewesen, und es seien mehrere Verträge mit Partnern in der Türkei im Gesamtwert von drei Milliarden Rubel (mehr als 47 Millionen Dollar) unterzeichnet worden, fügte Sergejew hinzu. Er betonte:

"Das Wichtigste, was wir anstreben, ist der vollständige Verzicht auf internationale

Zwischenhändler und die direkte Zusammenarbeit mit den Importländern."

Russland ist der weltweit größte Weizenexporteur. Der russische Präsident hatte im Mai erklärt, dass die diesjährige Getreideernte die größte aller Zeiten sein könnte, da das Land voraussichtlich 130 Millionen Tonnen Getreide einfahren wird, darunter 87 Millionen Tonnen Weizen.

Der Weltgetreidemarkt wurde durch die Unterbrechung der Ausfuhren aus der Ukraine und anderen wichtigen Weizenproduzenten wie Indien und Kasachstan stark in Mitleidenschaft gezogen. Die beiden asiatischen Staaten verboten Weizenexporte, um die Ernährungssicherheit im eigenen Land zu gewährleisten. Die Folgen waren ein sprunghafter Anstieg der Getreidepreise und Warnungen vor einer weltweiten Nahrungsmittelkrise.



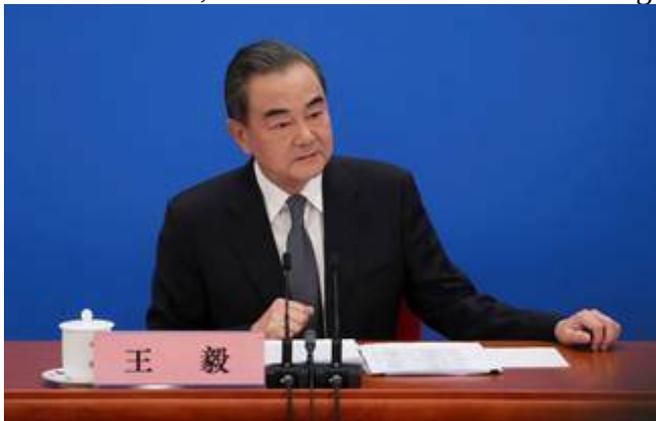
<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62c6dd7fb480cc0bab05318c.jpg>

16:55 de.rt.com: **Peking fordert Waffenstillstand und Beendigung der Feindseligkeiten in der Ukraine durch Dialog**

China hoffe auf einen baldigen Waffenstillstand und eine Einstellung der Feindseligkeiten in der Ukraine sowie auf die Wiederherstellung des Friedens durch Dialog und Konsultationen. Dies verkündete der chinesische Außenminister und Staatsratsmitglied Wang Yi am Freitag bei einem Treffen der Außenminister der Gruppe der Zwanzig (G20) in Indonesien. Er erklärte laut [TASS](#):

"China wird sich weiterhin für Verhandlungen und Versöhnung in der Ukraine-Frage einsetzen und von Anfang bis Ende auf der Seite des Friedens stehen."

"Wir erwarten, dass wir den Frieden durch Dialog und Konsultationen wiederherstellen, einen Waffenstillstand und die Einstellung der Feindseligkeiten so schnell wie möglich umsetzen und verhindern, dass sich der Konflikt in die Länge zieht und ausweitet."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c833eb48fbef3069389eab.jpg>

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 8. Juli 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-

humanitären Bereichs durch.

In 24 befreiten Ortschaften wurden Renten ausgezahlt.

In Mariupol wurden Kommunikationsobjekte in Betrieb genommen. In Wolnowacha und Wolodarskoje wurden Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an Objekten und Kommunikationsleitungen durchgeführt.

An die Einrichtungen des Gesundheitswesens wandten sich mehr als 4500 Menschen.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 26 Hektar Territorium und 24.660 Quadratmeter Gebäude untersucht und 198 explosive Objekte entschärft.

Die Verwaltungen der Bezirke nehmen weiter Meldungen über vorhandene Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften entgegen.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministeriums der DVR zu wenden.

17:25 de.rt.com: **DVR-Menschenrechtsbeauftragte: Über 8.000 Personen "seit Beginn der ukrainischen Aggression gestorben"**

Die Menschenrechtsbeauftragte der Donezker Volksrepublik hat in einer Meldung mitgeteilt, dass im Zeitraum vom 1. bis zum 7. Juli 109 Militärangehörige und 26 Zivilisten ums Leben gekommen seien. Weitere 260 Militärangehörige und 119 Zivilisten hätten Verletzungen erlitten. In der Meldung heißt es weiter:

"Die Gesamtzahl der Gefallenen für die gesamte Periode der bewaffneten Aggression vonseiten der Ukraine beträgt 8.107 Personen, darunter 116 Kinder."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c83e0348fbef2dfb450f84.jpg>

"Allee der Engel", Denkmal für Donezker Kinder, die durch ukrainische Artillerieangriffe gestorben sind

18:36 (17:36) novorosinform.org: **In der DVR hat die Erntekampagne begonnen**

Der Agrarsektor der DVR rechnet unter Berücksichtigung der befreiten Gebiete mit einer großen Getreideernte.

Das Land hat mit der Getreideernte begonnen. Dies wurde im Pressedienst des Ministeriums für Agrarindustriepolitik und Ernährung der DVR gemeldet.

Das Oberhaupt der Republik, Denis Pushilin, erklärte auch, dass mit der Befreiung der

Gebiete von den Streitkräften der Ukraine zur DVR fast 93.000 Hektar Ackerland hinzugekommen sind. Er betonte, dass damit auch Probleme entstanden seien, die einer sofortigen Lösung bedürfen, schreibt DAN.

Puschilin fügte hinzu, dass die Wetterbedingungen in diesem Jahr den Prozess der Getreidereifung beschleunigt hätten. Er merkte an, dass die Weizenernte voraussichtlich größer sein werde als in der letzten Saison.



https://novorosinform.org/content/images/85/92/48592_720x405.jpg

17:50 de.rt.com: **Gebiet Nowosibirsk schickt zweite Lieferung von Ausrüstung für die Landwirte der LVR**

Das russische Gebiet Nowosibirsk hat seine zweite Lieferung von landwirtschaftlichen Geräten in den Bezirk Belowodski der LVR entsandt. Bei der humanitären Fracht handelt es sich unter anderem um Ersatzteile für Traktoren und Getreideerntemaschinen, eine Ballenpresse für eine Pferdefarm und ein Auto der Marke Niva Travel, [erklärte](#) der Landwirtschaftsminister des Gebietes Nowosibirsk Ewgeni Leschtschenko am Freitag gegenüber Reportern.

Nach Angaben des Pressedienstes des regionalen Landwirtschaftsministeriums haben 35 landwirtschaftliche Organisationen und Betriebe des Kreises Belowodski sowie drei Pferdezüchter humanitäre Hilfe im Gebiet Nowosibirsk beantragt. Das Landwirtschaftsministerium des russischen Gebietes hatte daraufhin gemeinsam mit den landwirtschaftlichen Betrieben den Bedarf an materiellen und technischen Mitteln für die Vorbereitung der Ausrüstung für die Feldarbeit im LVR-Bezirk Belowodski ermittelt. Angaben des Pressedienstes des Ministeriums zufolge handelt es sich bei den benötigten Artikeln um Landwirtschaftsreifen, Riemen, Batterien, Ersatzteile und Verbrauchsmaterial im Gesamtwert von 15,4 Millionen Rubel (ungefähr 241.000 Euro).



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c836fe48fbef2efd5d82bb.jpg>

abends:

18:20 de.rt.com: DVR: **Ukrainische Streitkräfte versuchten, eine Gegenoffensive in Saporoschje zu starten**

Die ukrainischen Streitkräfte sollen versucht haben, eine Gegenoffensive im Gebiet Saporoschje zu starten, seien aber von den alliierten Truppen mit Uragan-Mehrfachraketenwerfern beschossen worden. Daher sei ein Gegenangriff der ukrainischen Truppen in dieser Richtung in naher Zukunft unmöglich, sagte Daniil Bessonow, erster stellvertretender Leiter des Informationsministeriums der DVR, laut [TASS](#) am Freitag. Er erklärte:

"Der Feind hat an einigen Stellen, vor allem an der Südfront, versucht, eine Gegenoffensive zu starten, wie am Vortag bei Guljaipole – das ist im Gebiet Saporoschje –, es gelang ihnen jedoch nicht. Gerade als sie begannen, Streitkräfte und Ausrüstung zusammenzuziehen, wurden sie mit Uragan-Mehrfachraketenwerfern beschossen, und das war's. Sie haben keine Möglichkeit mehr, in naher Zukunft eine Gegenoffensive in diesem Frontabschnitt zu starten." Bessonow teilte mit, dass es im Hauptabschnitt der Front Stellungskämpfe gebe und der Feind Verluste erleide. Seinen Angaben zufolge werden in Richtung Sewersk, Soledar und Artemowsk Kräfte zusammengezogen, und es komme zu Artillerieduellen, die zugunsten der alliierten Truppen ausgehen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c83aeab480cc3d497e0a37.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:30 Uhr am 08.07.22**

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine militärischen Objekte sind und keine Gefahr für den Gegner darstellen.

Am heutigen Tag hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR **mehr als 130 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern „Uragan“ und „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155, 152 und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **10 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss wurde **ein Zivilist verletzt**. 14 Wohnhäuser und 7 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Mit Trauer teilen wir mit, dass bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht im Kampf für die Unabhängigkeit **5 Verteidiger der Donezker Volksrepublik starben und 14 verletzt** wurden.

Wir sprechen den Verwandten und Freunde der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

18:50 de.rt.com: **Erstes U-Boot mit Tragfähigkeit für "Poseidon"-Unterwasserdrohnen an Russlands Marine übergeben**

Das U-Boot "Belgorod", das mit Unterwasserdrohnen vom Typ "Poseidon" ausgestattet werden kann, ist der russischen Marine übergeben worden. Dies meldete der Pressedienst der in der nordrussischen Stadt Sewerodwinsk ansässigen Werft "Sewmasch". Die Übergabe fand in Sewerodwinsk in Anwesenheit der Vertreter des Verteidigungsministeriums, der Marine, Verwaltungen von Sewerodwinsk und des Gebiets Archangelsk sowie der Schiffsbauindustrie statt.

Der Oberbefehlshaber von Russlands Marine Nikolai Jewmenow merkte an, dass beim Bau des Bootes die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse und Technologien angewandt worden seien. Er sagte:

"Das U-Boot 'Belgorod' eröffnet Russland neue Möglichkeiten zur Durchführung unterschiedlicher Operationen, ermöglicht diverse wissenschaftliche Expeditionen und Rettungsoperationen in den entferntesten Gebieten der Weltmeere."

Der Stapellauf des Atom-U-Boots für spezielle Zwecke "Belgorod" des Projekts 09852 hatte im Jahr 2019 stattgefunden. Bei "Poseidon"-Drohnen handelt es sich um Unterwasserdrohnen mit Kernantrieb, die als Torpedos eingesetzt und mit einem Nuklearsprengkopf ausgestattet werden können.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c83b1bb480cc3d497e0a39.jpg>

Das Atom-U-Boot "Belgorod" bei seinem Stapellauf, Aufnahme vom 23. April 2019

19:55 (18:55) novorosinform.org: **Ukrainische Militärs sprengten die Brücke nach Bachmut**

Die Streitkräfte der Ukraine zerstören absichtlich die Infrastruktur der Stadt, indem sie Sprengsätze darauf platzieren, berichtet FAN.

Ein Militärkorrespondent der Agentur veröffentlichte Aufnahmen, die eine von Angehörigen der Streitkräfte der Ukraine gesprengte Brücke zeigen, die nach Bakhmut führt.

„Das Filmmaterial vom Tatort bestätigt erneut die absichtliche Zerstörung der zivilen Infrastruktur durch ukrainische Kämpfer“, stellt FAN fest.

Die Quelle fügte hinzu, dass nach der Sprengung der Brücke mehrere weitere Sprengeinrichtungen auf den Stützen zu sehen waren – sie waren an jeder Betonstütze befestigt. Russische Pioniere kamen später zur Brücke und entfernten sie, um weitere Explosionen zu verhindern.



https://static.riafan.ru/upload/images/2022/7/8/839060_full.webp

19:20 de.rt.com: **Moskau: Russland wird nicht ewig auf EU-Entscheidung zum Transit nach Kaliningrad warten**

Russland wird notwendige Maßnahmen gegen Litauen und die Europäische Union ergreifen,

wenn nicht in naher Zukunft eine Lösung für die Frage des Transits ins Gebiet Kaliningrad gefunden wird. Das verkündete die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa. Sie [erklärte](#):

"Wir setzen den Dialog mit der EU-Kommission und Litauen fort. Wir haben die Gewissheit, dass das Problem in naher Zukunft gelöst sein wird."

Moskau erwarte, dass Brüssel und Vilnius die einzig richtige Entscheidung treffen werden, die den ungehinderten Transit in das Kaliningrader Gebiet gewährleistet. Sacharowa betonte:

"Wir werden nicht ewig warten. ... Russland wird harte Maßnahmen gegen Litauen und die EU ergreifen, deren Vorbereitungen bereits abgeschlossen sind. Die Lösung des Problems ist zu lange hinausgezögert worden."

Sie fügte hinzu, dass Russlands Wirtschaftspartner bereits unter den illegalen restriktiven Maßnahmen leiden, die Litauen einseitig verhängt hat.

Litauen hat seit dem 18. Juni den Transit von Waren, die den EU-Sanktionen unterliegen, in das Kaliningrader Gebiet untersagt: Dazu zählen Baumaterialien, Metall, Holz, Zement, Düngemittel, Alkohol, Kaviar und andere Kategorien. Betroffen sind etwa 50 Prozent aller Einfuhren.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c858cfb480cc5192751369.jpg>